

Antrag 77/I/2025**FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wachstum und Wohlstand nachhaltig sichern durch gute Arbeit und einen zukunftsfähigen, ökologischen und innovativen Industriestandort****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Wir befinden uns in einer Zeit der Umbrüche. Wie über-
2 all ist auch die Berliner Industrie seit Jahren in einem
3 umfassenden Transformationsprozess. Und wie in ande-
4 ren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen hat
5 sich der Druck durch die Krisen der letzten Jahre erhöht,
6 Veränderungen umfangreicher und vor allem schneller
7 anzugehen. Das betrifft besonders die Energiewirtschaft
8 und daraus folgend die Industrie, die nicht nur auf ver-
9 lässliche und bezahlbare Energie angewiesen ist, sondern
10 auch den Weg zu einer CO2-neutralen Produktion zügi-
11 ger angehen muss. Die Berliner Industrie kann mit dem
12 Umfeld einer hervorragenden Forschungs- und Wissen-
13 schaftslandschaft in dieser Entwicklung Innovations- und
14 Umsetzungstreiber sein. Zudem ist die Hauptstadtregi-
15 on Berlin-Brandenburg schon heute DIE Region mit einem
16 hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz stei-
17 gend. Brandenburg mit seinen großen umliegenden Flä-
18 chen und dem Fokus auf Erneuerbare Energien ist hierbei
19 eine nahezu kongeniale Partnerregion. Nachhaltige grüne
20 Produktion ist in Berlin-Brandenburg möglich.

21 Neben den traditionellen Industriestandorten wie zum
22 Beispiel Siemens und BMW in Spandau, das Gasturbi-
23 nenwerk von Siemens Energy in Moabit, Bayer im Wed-
24 ding und Friedrichshain, Mercedes, Gilette und GE in Tem-
25 pelhof, industriellen KMUs in Lichtenberg und Adlershof
26 sind seit Jahren Betriebe der Innovations- und Digitalisie-
27 rungsbranche sowie viele StartUps aus der Berliner Wirt-
28 schaft und Industrielandschaft nicht mehr wegzudenken.
29 Dies wertet den Wirtschaftsstandort Berlin in hohem Ma-
30 ße auf und stärkt die damit verzahnten Bereiche der di-
31 rekten industriellen Wertschöpfung. Denn Berlin ist mit
32 über 100.000 Industriearbeitsplätzen und weiteren bis zu
33 90.000 Arbeitsplätzen in der StartUp-, Digitalisierungs-
34 und Innovationslandschaft ein starker und innovativer
35 Industriestandort, dessen Potenziale längst noch nicht
36 ausgeschöpft sind. Diese sind häufig nicht tarifgebunden
37 und mitbestimmt.

39
40 Industrieunternehmen sind tarifgebunden und durch
41 mitbestimmte gute Arbeit gekennzeichnet. Vergleichs-
42 weise hohe Einkommen in der Industrie sichern wieder-
43 um starke Binnenkaufkraft, die sich stabilisierend auf
44 die Dienstleistungsstruktur der Berliner Stadtgesellschaft
45 auswirkt. All das ist nicht selbstverständlich und bedarf
46 tagtäglicher Arbeit und Fokussierung.

47

48 Die Poly-Krise aus den schwierigen Coronajahren, dem
49 völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukrai-
50 ne hat zu einer angebotsgetriebenen Inflation, globalen
51 Lieferkettenengpässen und überteuerte Energie geführt.
52 Die zweite US-Trump-Administration mit ihrer absurden
53 Abschottungs- und Zollpolitik wird die Lage der deutschen
54 und damit auch Berliner Industrie weiter verschärfen.

55
56 Hinzu kommt der viel zu lange ignorierte Fachkräfteman-
57 gel, dem unter anderem durch konsequente Bindung der
58 eigenen Belegschaft mit guter Arbeit, Qualifizierung und
59 Weiterbildung sowie durch eine Ausbildungsoffensive be-
60 gegnet werden muss. Und auch die Auswirkungen der
61 massiven Veränderungen in der Umwelt und beim Klima
62 erfordern ein schnelles Handeln und eine konsequente
63 Dekarbonisierung auch der Industrie.

64
65 Berlin und auch Brandenburg haben aber als Produktions-, Wissens- und Energiestandort hervorragende Vorausset-
66 zungen, um die zentralen Herausforderungen unserer Zeit
67 mit guten Konzepten zu lösen. So kann sich die Region
68 zum Vorreiter CO2-neutraler Produktion entwickeln und
69 auch zusätzliche Industrieproduktion und -arbeitsplätze
70 durch Re-Shoring (Rückholung) von wichtigen Produk-
71 ten im Pharma-/Gesundheits-, Mobilitäts- und Energie-
72 bereich aufbauen – mit dem Ziel die Wirtschaftsstruktur
73 weiter zu diversifizieren und zu stärken.

74
75 Durch eine gute Industrie- und Standortpolitik mit ei-
76 ner gesteuerten und umsichtig durchgeführten Trans-
77 formation kann die Hauptstadtregion starke industriel-
78 le Wachstumsimpulse auslösen, die sich über die Gren-
79 zen der Stadt, mindestens auf die gesamte Hauptstadt-
80 region Berlin-Brandenburg, aber auch auf die gesamte In-
81 dustrielandschaft Ostdeutschlands auswirken können. So
82 würde Berlin nicht nur im Vergleich mit anderen euro-
83 päischen Hauptstädten aufholen, sondern endlich auch
84 im innerdeutschen Vergleich zur Wirtschaftskraft anderer
85 vergleichbarer Regionen aufschließen.

86
87
88 **Wo stehen wir?**
89 Berlin hat in den letzten Jahren seine industrielle Struk-
90 tur und die ca. 105.000 Arbeitsplätze halten können. Al-
91 lerdings wurden die vorhandenen Wachstumspotenzia-
92 le oftmals nicht ausgeschöpft. Unterstützung beispiels-
93 weise bei Kooperationen zwischen den leistungsfähigen
94 Wissenschafts- und Hochschulbereichen und Berliner Be-
95 trieben sind ausbaufähig.

96
97 Zudem spielt die Zusammenarbeit mit Brandenburg zum
98 Beispiel bei den Clustern Energie(Technik) oder Gesund-
99 heit eine immer größere Rolle. Durch die Ansiedlung von
100 Tesla ist Brandenburg zudem ein wichtiger Standort in der

101 E-Mobilität geworden. Die Verbindung Brandenburgs und
102 Berlin als Wohnort für viele Beschäftigte in Brandenburg,
103 aber auch bei Themen in Forschung und Entwicklung so-
104 wie der Fachkräftegewinnung ist offensichtlich und nahe-
105 liegend.

106

107 Die Abstimmung zwischen den Landesregierungen zu ei-
108 ner zielgerichteten, abgestimmten und effizienten ge-
109 meinsame Industriestrategie für die Hauptstadtregion
110 muss an den derzeitigen industriepolitischen Herausfor-
111 derungen stetig angepasst und ausgebaut werden. Da-
112 bei geht es darum, pragmatisch aus den Stärken beider
113 Länder eine stringente, förder- und ansiedlungsfähige ge-
114 meinsame Industrielandschaft zu sichern und auszubau-
115 en

116

117 **Wir können noch viel, viel schneller werden!**

118 In der sozialen, ökologischen und demokratischen Trans-
119 formation entsteht nachhaltige Konkurrenzfähigkeit
120 durch Innovation und Schnelligkeit.

121

122 Sozialdemokratische Industriepolitik muss dafür sorgen,
123 dass günstige Voraussetzungen für Wachstumsprozes-
124 se der eher mittleren Betriebsgrößen geschaffen wer-
125 den. Auch wenn Firmenzentralen vermutlich nicht in Grö-
126 ßenordnungen nach Berlin geholt werden können, gibt
127 es in der Berliner Industrie genügend leistungsfähige
128 Industriebetriebe, die beispielsweise bei der Fachkräf-
129 tegewinnung, Weiterbildung und den dringlich bei an-
130 stehendem Innovationsdruck benötigten Kooperationen
131 mit den Hochschulen oder anderen Akteuren Unterstüt-
132 zung bräuchten.

133

134 Berlin hat seit dem Ende des wiedervereinigungsbeding-
135 ten Strukturwandels in der Berliner Industrie seit 2005 ei-
136 nen stabilen Besatz an hochmoderner, wenn auch in der
137 Regel kleinteiligerer Industrie als in vergleichbaren ande-
138 ren Regionen Deutschlands. Auf dieser Basis wollen wir
139 aufbauen und mit einem länderübergreifenden Politikan-
140 satz Skalierung und Wachstum hier in der Region ermög-
141 lichen.

142

143 Die Voraussetzungen dafür sind gut: Wir müssen die ak-
144 tuellen Herausforderungen in den Unternehmen ernst
145 nehmen und als sozialdemokratische Partei der Ar-
146 beit gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren DGB-
147 Industriegewerkschaften Lösungen für Berlin und die
148 Hauptstadtregion vorantreiben.

149

150 Dafür müssen wir nicht nur räumlich, sondern auch wirt-
151 schaftlich neue Wege gehen und die Potenziale der Region
152 nutzen, enger miteinander verzahnen und am Ende eine
153 Region für gute, zukunftsweise und nachhaltige industriel-

154 le Arbeit sein, die Wachstum und Wohlstand in der Region
155 sichert.

156

157 Mit diesem Beschluss und seinen folgenden wichtigen
158 Handlungsempfehlungen und Forderungen legt die Ber-
159 liner SPD die Grundlage dafür.

160

161 **1) Wir machen sozialdemokratische Industriepolitik für
162 6,4 Mio. Menschen, welche die Standortvorteile Berlins
163 und der Metropolregion als Ganzes ausspielt**

164 **Standort Berlin / Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg**

165 Berlins Wirtschaft ist vorwiegend kleinteilig. Ein indus-
166 triopolitischer Ansatz für die Region Berlin-Brandenburg
167 muss daher alle Größenklassen von Unternehmen umfas-
168 sen und dabei auf die Schaffung diverser, resilenter Öko-
169 systeme ausgerichtet sein.

170

171 Eine der wichtigsten Zielstellungen der Politik ist es da-
172 bei, gemeinsam mit den Sozialpartnern, Verbänden, Un-
173 ternehmensnetzwerken und Transformationsnetzwerken
174 die Vernetzung und Interaktion zwischen den Unterneh-
175 men und Branchen zu intensivieren, also zwischen den
176 Unternehmen der Digitalwirtschaft, des Handwerks, des
177 verarbeiteten Gewerbes bis hin zum industriellen Groß-
178 betrieb auf einen engen und regelmäßigen Austausch der
179 Akteur:innen hinzuwirken.

180

181 Dabei stellen wir auf die Wertschöpfungsketten und die
182 Vertiefung der Wertschöpfung in der Hauptstadtregion
183 ab. Daher ist zwangsläufig ein weitreichender, integrati-
184 ver Ansatz erforderlich, welcher weniger einen speziellen
185 Technologie- oder Trendfokus einnimmt, sondern auf die
186 Wachstumschancen der bereits am Standort angesiedel-
187 ten traditionellen Unternehmen sowie auf Innovationen
188 und junge Branchen abstellt.

189

190 **Industriepolitik ist für uns deshalb stets auch Innovati-
191 onspolitik.**

192 Nur dort, wo regelmäßiger Austausch über Ideen und Er-
193 fahrungen stattfindet, können die Potenziale der Region
194 gehoben werden. Die Zusammenarbeit bei der Entwick-
195 lung von Innovationskorridoren ist hier ein gutes Beispiel.
196 Im Innovationskorridor Berlin-Lausitz sollen unterstützt
197 durch die enge Zusammenarbeit von Wirtschaftsförde-
198 rung Brandenburg (WFBB) und der WISTA Energiewende-
199 lösungen entwickelt und zur Marktreife gebracht werden.
200 Diese Entwicklung soll fortgesetzt und weiter unterstützt
201 werden.

202

203 Berlin ist zudem aufgefordert, regelmäßig an dem Bran-
204 denburger Bündnis für Industrie teilzunehmen und sei-
205 nen Gaststatus dazu zu nutzen, auf eine engere Ver-
206 zahnung der Industriepolitik Brandenburgs mit der Ber-

207 liner Industriepolitik hinzuwirken. Der „Strategische Ge-
208 samrahmen Hauptstadtregion“ soll ebenfalls weiterent-
209 wickelt werden.

210

211 Die Intensivierung der Zusammenarbeit beider Länder
212 bei der gemeinsamen Innovations- und Industriepolitik
213 kann nur gelingen, wenn sich die Zusammenarbeit auch
214 in den Institutionen abbildet. Diese notwendige Indus-
215 triepolitik aus einem Guss für die Hauptstadtregion be-
216 darf einer kontinuierlichen Abstimmung und politischen
217 Steuerung. Die beiden Bundesländer Berlin und Bran-
218 denburg schaffen einen gemeinsamen „Industrieboard“,
219 in dessen Geschäftsstelle die Steuerung industriepoliti-
220 schen Aufgaben aus beiden Ländern koordiniert wird.
221 Der*Die Vorsitzend*e des Industrieboards berichtet re-
222 gelmäßig den Landeskabinetten und ist beratendes Mit-
223 glied der Aufsichtsgremien der Wirtschaftsförderungen
224 der Länder Berlin und Brandenburg. So können die bei-
225 den Industrieländer Berlin und Brandenburg ihre Indus-
226 triepotenziale in der Konkurrenz der Regionen und ange-
227 sichts der Herausforderungen der industriellen Dekarbo-
228 nisierung und Transformation optimal nutzen.

229

230 **Resiliente Wertschöpfung**

231 Als die größte Herausforderung und zugleich Chance für
232 unsere Region sehen wir die Transformation der Wirt-
233 schaft hin zur Klimaneutralität. Unbeirrt einer erneu-
234 ten amerikanischen Kehrtwende in der Klimapolitik sind
235 wir der festen Überzeugung, dass nur eine klimaneu-
236 trale Wirtschaft die Lebensbedingungen der Menschen
237 auch in Zukunft bewahren kann und zugleich auch un-
238 seren künftigen Wohlstand sichern wird. Klimaneutrale
239 Produkte und Fertigungstechniken aus unserer Region ha-
240 ben das Potenzial, zum Exportschlager zu werden. Unse-
241 re Industrie- und Innovationspolitik wird die hiesige Wirt-
242 schaft auf diesem Weg unterstützen.

243

244 Zugleich besteht in einer möglichst vielfältigen Branchen-
245 mischung der Wirtschaft in unserer Region die notwendi-
246 ge Resilienz, um gegenüber gegenwärtigen und zukünfti-
247 gen Krisen zu bestehen. Den Erhalt dieser Vielfalt und die
248 Bereicherung durch neue Ideen, Produkte und Technolo-
249 gien werden wir daher weiterhin unterstützen.

250

251 **2) Stärken ausbauen: Energietechnik – Mobilitätstech- 252 nik – Gesundheit/Pharma**

253 Für sozialdemokratische Industriepolitik bedeutet das
254 auch, dort den Fokus zu setzen, wo bereits eine gute indus-
255 trielle Basis besteht und es Berlin bei Einsatz seiner Stär-
256 ken gelingen kann, Benchmarks zu setzen und zukunfts-
257 und konkurrenzfähige Industrien zu sichern.

258

259 In Berlin sind hierfür drei industrielle Bereiche besonders

260 prädestiniert: Energie- und Mobilitätstechnik sowie die
261 Pharma- und Medizintechnikindustrie.

262

263 **Energietechnik**

264 Durch die Orientierung an das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Kli-
265 maabkommens erfordert die Klimawende einen Umbau
266 der Energieversorgung hin zu mehr Unabhängigkeit, Er-
267 neuerbaren Energie und Dekarbonisierung als Hauptziel
268 des Umbaus der Energiewirtschaft. Durch den russischen
269 Angriffskrieg und den daraus resultierenden Verzicht auf
270 den industriellen Hauptenergieträger russisches Gas hat
271 sich die Notwendigkeit des energiepolitischen Umbaus
272 der Industrie weiter verschärft und beschleunigt.

273

274 Die Produktion von Anlagen und Ausrüstungen zur Um-
275 wandlung, zum Transport und zur Verwendung von Ener-
276 gie (Energietechnik) hat in Berlin eine große Tradition und
277 ist mit einem Schwerpunkt in der Turbinentechnik bisher
278 in starkem Maße auf Anlagen zur Nutzung fossiler Ener-
279 gieträger sowie auf Ausrüstungen für den Stromtransport
280 ausgerichtet. Das bietet für verschiedene Berliner Betrie-
281 be gute Möglichkeiten, ihre Kompetenzen für weitere In-
282 novationen auf den Feldern regenerative Erzeugung und
283 Transport von Strom und Wasserstoff sowie Abscheidung,
284 Transport und Lagerung von CO2 zu nutzen, und zwar mit
285 Blick auf den weltweiten Markt.

286

287 Wichtigster Energieträger für eine klimaschonende
288 Wirtschafts- und Lebensweise wird in Zukunft Strom sein,
289 so dass der Bedarf an Ausrüstungen für die regenerative
290 Erzeugung, den Transport und die Umwandlung von
291 Strom steigen wird. Darüber hinaus wird Wasserstoff als
292 Energieträger für Teile der (Schwer)Industrie die zentrale
293 Rolle spielen.

294

295 Hier werden besonders Innovationen im Bereich von Elek-
296 trolyseuren, wasserstoffbetriebene Turbinen, aber auch
297 industrielle Energieeffizienz durch Digitalisierung und Kl-
298 einsatz eine wichtige Rolle spielen. Hinzu kommt der sich
299 gerade entwickelnde Markt der Speichertechnologien –
300 allein durch die Nähe zu Brandenburg und seiner in der
301 Menge nicht zu nutzenden Erneuerbaren Energie besteht
302 ein riesiges Wertschöpfungsfeld direkt vor den Toren un-
303 serer Stadt.

304

305

306 **Mobilität**

307 Auch die Automobilindustrie steht auf der einen Seite
308 vor der großen Herausforderung der Antriebswende, al-
309 so Dekarbonisierung des Antriebs hin zur E-Mobilität. Auf
310 der anderen Seite erfordert die Mobilitätswende u. a. ei-
311 ne grundsätzliche Hinwendung zu schienengebundenem,
312 elektrifiziertem Verkehr, sei es durch die Tram, U- und S-

313 Bahnen oder den Regionalverkehr zur Vernetzung Berlins
314 in die Hauptstadtregion und damit Vermeidung von un-
315 nötigen Pendel-Individualverkehren.

316

317 Hinzu kommen Bedarfe nach autonomem Fahren, um
318 Fachkräftemangel durch Demografie und schwierigen Ar-
319 beitsbedingungen z.B. durch Schichtverkehre entgegen-
320 zuwirken. Eine intelligente Vernetzung unterschiedlicher
321 Verkehre hin zu einem integrierten Verkehrskonzept, der
322 Ausbau der Ladeinfrastruktur und intelligente Energie-
323 steuerung durch Smart Homes und bidirektionales Laden
324 der zunehmenden E-Mobilflotte sind zukünftige Nutzun-
325 gen, die einen hohen industriellen Skalierungsgrad haben.
326

327 In Berlin gibt es sowohl für den Automobil- als auch
328 für den Schienenverkehr große industrielle Hersteller, die
329 sich bereits mit der notwendigen Transformation ausein-
330 andersetzen, wenn auch nicht immer und überall in der
331 notwendigen Geschwindigkeit und Konsequenz.
332

333 E-Mobilität und Mobilitätswende sind zentrale Industrie-
334 bereiche der Zukunft. Berlin bietet auch hier eine hervor-
335 ragende Basis zur industriellen Sicherung vorhandener Ar-
336 beit und dessen Ausbau.
337

338 In Berlin arbeiten und forschen Universitäten, Hoch-
339 schulen, Forschungseinrichtungen, Startups mit
340 Digitalisierungs- und Innovationsschwerpunkten so
341 wie traditionelle Ingenieurdiestleister und Forschungs-
342 abteilungen großer Industrieunternehmen in diesem
343 Themenfeld und können für viele Bereiche industriell
344 skalierbare Lösungen anbieten.
345

346 **Pharma- und Medizintechnikindustrie**

347 Insbesondere die Pharmazeutische Industrie, aber auch
348 die Medizintechnik sind seit jeher stark durch Forschung
349 und Entwicklung geprägt. Speziell für forschende Pharma-
350 hersteller ergeben sich aus den hohen FuE-Budgets hohe
351 Finanzierungsbedarfe und damit auch Risiken; Fehlent-
352 wicklungen sind oftmals sehr teuer. Umso bedeutsamer
353 sind erfolgreiche Innovationsprozesse, die stark von Ka-
354 pitalverfügbarkeit und effektiver Vernetzung mit öffent-
355 licher FuE (Grundlagenforschung) und anderen Marktteil-
356 nehmenden abhängen. In der Pharmaindustrie wurden
357 mittlerweile Unternehmensstrategien auch dahingehend
358 angepasst, Innovationen durch große Pharmaunterneh-
359 men teilweise an kleine Spezialisten „auszulagern“.
360

361 Der Nutzen der (in Berlin stark vertretenen) Grundlagen-
362 forschung an öffentlichen Institutionen und Hochschulen
363 im Hinblick auf ihren Wert für Produktinnovationen wird
364 in der Pharmaindustrie allerdings als gering eingeschätzt,
365 auch wenn sich das im Nachgang der Coronapandemie

366 vor allem im Bereich der Gen- und Zelltherapie stark ge-
367 ändert hat. Mit der Charité verfügt Berlin zudem über ei-
368 nen international anerkannten Leuchtturm. In der Medi-
369 zintechnik hat sich mittlerweile eine gute industrielle Ba-
370 sis in Berlin etabliert, die es weiter auszubauen gilt.

371

372 Die „Berliner Erklärung: Zukunft Pharma“ von Senat und
373 Berliner Pharma-Unternehmen geht in die richtige Rich-
374 tung, in dem sie auf die Steigerung von Investitionen am
375 Standort Berlin, die Sicherung von Fachkräften und die
376 Verbesserung der Standortbedingungen abzielt.

377

378 Am Standort Berlin sind inzwischen über 40 führende
379 Pharmaunternehmen und rund 280 Biotech-Firmen an-
380 sässig, die zusammen etwa Branche etwa 10.000 Fach-
381 kräfte beschäftigen und dabei einen Gesamtumsatz von
382 rund 7,4 Mrd. Euro erwirtschaften.

383

384 Die Lieferengpässe der letzten Jahre im Pharmabereich
385 haben gezeigt, dass wie in vielen anderen Bereichen wie
386 zum Beispiel bei Halbleitern und Batterietechnik auch hier
387 verstärkte „Re-Shoring“-Aktivitäten – also ein Zurückho-
388 len von Produktion – sinnvoll sein können im Rahmen
389 einer Resilienzstrategie. Potenziale dafür wollen wir per-
390 spektivisch im Bündnis mit der Pharmaindustrie und der
391 zuständigen Gewerkschaft IG BCE prüfen.

392

393 **Unsere Forderungen: Gezielte Förderung und Unterstü- 394 zung von Tariftreue und Mitbestimmung**

395 In allen drei oben genannten Bereichen arbeiten große
396 Traditionssunternehmen seit langem in Berlin, sind her-
397 vorragende Forschungs- und Wissenschaftsstandards vor-
398 handen und werden durch Startup, KMUs und Hidden
399 Champions bereits Zukunftstechnologien entwickelt. Die-
400 se Bereiche zusammenzubringen für einen starken indus-
401 triellen Kern in der Stadt ist Aufgabe sozialdemokratischer
402 Wirtschaftspolitik. Das bedeutet im Einzelnen:

403 • Etablierung eines Steuerungsformates oder Re-
404 form des Steuerungskreises Industriepolitik (SKIP),
405 in dem die regionalen Zukunftsbranchen gemein-
406 sam betrachtet, Förderungen entwickelt und vor al-
407 lem die Vernetzung aus FuE, Startups und Inno-
408 vationstreibern mit der Industrie bearbeitet wird,
409 um eine industrielle Skalierung in der Hauptstadt-
410 region und damit mehr und zukunftssichere gute
411 Industriearbeit in der Region anzusiedeln. Hier sind
412 vorrangig die Sozialpartner, also die betroffenen Ge-
413 werkschaften und Unternehmensverbände einzube-
414 binden.

415 • Die Vernetzung von Forschungsergebnissen aus der
416 öffentlichen Grundlagenforschung mit der Indus-
417 trie muss stärker ausgebaut werden. Hier sind be-
418 stehende Konzepte zu prüfen und auf einen bes-

419 seren Transfer abzielende Konzepte zu entwickeln.
420 Gleichzeitig sollten die Rahmenbedingungen für
421 Transfer und Translation von Grundlagenforschung
422 in die Anwendungsforschung und industriellen Ska-
423 lierung verbessert werden.

424 • Investitionen und Kooperationen im Mobilitätsbe-
425 reich sind vor allem für die Hauptstadtregion Berlin-
426 Brandenburg zu realisieren und unterliegen den
427 Grundsatz der Dekarbonisierung und der integriert-
428 ten Verkehrspolitik mit Schwerpunkt öffentlicher
429 Verkehre.

430 • Zukunftstechnologien und deren Entwicklung brau-
431 chen Kapital. Instrumente zur öffentlichen Förde-
432 rung und Finanzierung von öffentlicher FuE sowie
433 privater Startups sind auszubauen. Dabei sollen ins-
434 besondere Maßnahmen zur Erschließung privaten
435 Kapitals (Venture Capital und andere Finanzierungs-
436 formen) verstärkt werden und weitere Maßnahmen
437 (abgestimmt auf die Maßnahmen des Bundes) zur
438 Aktivierung privater Finanzierung entwickelt wer-
439 den.

440 • Unterstützung zur FuE sowie zur industriellen Ska-
441 lierung ist immer daran zu binden, dass diese in der
442 Region Arbeit sichert und neue schafft. Einer Verla-
443 gerung industrieller Skalierung in andere Regionen
444 ist durch Schaffung regionaler Kooperationen mit
445 vor Ort arbeitenden Unternehmen/Betriebsstand-
446 orte entgegenzuwirken.

447

448 3) Innovationsumfeld stärken

449 Kooperationen mit der Wirtschaft

450 Entscheidend für die Stärkung der industriellen Basis in
451 der Hauptstadtregion ist auch ein vitales Innovationsum-
452 feld. Zum einen erfordern die Herausforderungen aus den
453 transformatorischen Aufgaben eine Vielzahl an Innova-
454 tionen, wie bspw. zur Steigerung der Energieeffizienz, zur
455 Dekarbonisierung der Produktion sowie zur Nutzung der
456 Möglichkeiten aus der Digitalisierung. Zum anderen bie-
457 ten Innovationen die Chance, Zukunftsbranchen zu er-
458 schließen und nachhaltig Wirtschaftswachstum und Gute
459 Arbeit in unserer Region zu sichern.

460

461 Die Wirtschaftsstruktur in Berlin und Brandenburg
462 ist vorwiegend von kleinen und mittelständischen
463 Unternehmen geprägt. In Berlin zählen rund 98 %
464 aller Betriebe zu den KMU (bis zu 50 Beschäftigte),
465 welche zugleich deutschlandweit rd. 83% aller sozialver-
466 sicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stellen.
467 Damit sind die Voraussetzungen und Anforderungen an
468 die Industriepolitik andere als bspw. im Südwesten
469 Deutschlands. Festzustellen ist auch, dass die meisten
470 der kleinen Unternehmen meist nicht über ausrei-
471 chend Mittel und Kapazitäten für eigene Forschung und

472 Entwicklung verfügen und zugleich mit den Herausfor-
473 derungen der Digitalisierung ebenfalls stark beansprucht
474 sind.

475
476 Gemeinsame Projekte von Startups mit der etablierten
477 Wirtschaft bieten einen Lösungsansatz sind jedoch seit
478 Jahren rückläufig und der Anteil an Kooperationsmöglich-
479 keiten verharrt nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau.
480 Damit bleiben viele Potenziale aus möglichen Kooperatio-
481 nen etablierter und junger Unternehmen in der Haupt-
482 stadtregion ungenutzt, was letztlich negative Auswirkun-
483 gen auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und die
484 Wirtschaftskraft in der Region hat.

485
486 Um diese Innovations- und Wachstumspotenziale bes-
487 ser zu nutzen, fordern wir die stärkere Unterstützung
488 bei der Vernetzung etablierter, kleiner und mittelständi-
489 scher Unternehmen mit überregionalen Großunterneh-
490 men. Darüber hinaus soll ein intensiverer Austausch mit
491 den wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen
492 in unserer Region mit den ansässigen Unternehmen erfol-
493 gen und hierbei bestehende Strukturen, z.B. in Gestalt von
494 Unternehmensnetzwerken und Kooperationen gestärkt
495 und im Sinne von Best Practice sichtbarer werden. Da-
496 bei sollte auch über eine Weiterentwicklung der Initiative
497 Mehrwert Berlin nachgedacht werden, um die landeseige-
498 nen Unternehmen noch besser in die Vernetzung mit ein-
499 zubinden. Ferner müssen wichtige Vernetzungsstruktur-
500 ren wie das Werner-von-Siemens-Center abgesichert und
501 unter Einbindung der Sozialpartner stärker genutzt wer-
502 den

503
504 Hierzu braucht es zum einen finanzielle Unterstützung
505 (u.a. eine auskömmliche Förderung). Zum anderen aber
506 auch einen umfassenden strategischen Ansatz, bspw. in
507 Form einer Transferstrategie (wie sie Brandenburg bereits
508 2019 vorgelegt hat), um Kooperationen gezielt zu entwi-
509 cken und zu stärken. Ziel muss es sein, den Zugang zu
510 Wissen gerade für kleine und mittelständische Unterneh-
511 men zugänglicher zu machen. Ebenso sollte die bestehen-
512 de Clusterstrategie beider Länder weiterentwickelt wer-
513 den.

514
515 **Innovationsfähigkeit stärken und mehr Mut zur Grün-
516 dung**

517 Die Stärke des Berliner Startup-Ökosystem und die Wi-
518 derstandsfähigkeit der Berliner Wirtschaft hat sich in den
519 Krisen der letzten Jahre (Corona-Pandemie, Energiekrise)
520 bewiesen. Dieser Erfolg ist auch auf den kontinuierlichen
521 Ausbau der Förder-, Beratungs- und Unterstützungsstruk-
522 turen für Gründerinnen und Gründer sowie eine aktiv ver-
523 folgte Ansiedlungsstrategie über Berlin Partner zurückzu-
524 führen. Diese an vielen Stellen herausgebildeten Unter-

525 stützungsstrukturen gilt es weiterhin zu stärken, intensi-
526 ver zu vernetzen und zusammenzuführen.

527

528 Die große Chance für ein weiterhin wachsendes Startup-
529 Ökosystem und die nachhaltige Stärkung der Berliner
530 Wirtschaft als Ganzes liegt in deren Innovationsfähigkeit
531 und der Möglichkeit, Innovationen „schnell auf die Straße
532 zu bringen“ und Einzelfertigungen in die Serie zur bringen
533 (klassische Skalierung). Darüber hinaus liegen in technolo-
534 gischen wie in nicht-technologischen Innovationen die
535 Möglichkeiten, die digitale und ökologische Transformati-
536 on zu gestalten und mit Wirtschaftswachstum und Guter
537 Arbeit zu verbinden.

538

539 Die Grundlage für einen industriepolitischen Ansatz für
540 die Metropolregion Berlin-Brandenburg wird daher stets
541 die gesamte Wertschöpfung über Branchen- und Cluster-
542 grenzen hinaus sein und dem Leitgedanken folgen, dass
543 Innovationen hier erdacht, ausprobiert, in Serie produziert
544 und angewendet werden sollen und am Ende Bestand-
545 teil eines Wirtschaftskreislaufs sind, welcher den Anfor-
546 derungen einer ressourcenschonenden, nachhaltigen und
547 klimagerechten Wirtschaft gerecht wird. Dabei haben wir
548 bei der Betrachtung von Wertschöpfungsketten alle Qua-
549 lifikationsniveaus im Blick.

550

551 Fortlaufend werden immer mehr Prozesse digitalisiert
552 und teilweise von KI übernommen. Dies ist wichtig, um
553 dem Fachkräftemangel zu begegnen und Arbeitnehmen-
554 de zu entlasten. Dabei muss aber stets der Mensch im
555 Vordergrund stehen und die KI-Implementierung mitbe-
556 stimmt erfolgen. Dabei setzen wir uns für Umschulung
557 und Qualifizierung von durch KI-Einführung gefährdeten
558 Arbeits- und Fachkräften ein.

559

560 Gute Arbeit bedeutet auch die Teilhabe sowie Mitbestim-
561 mung von Beschäftigten an der Ausgestaltung von Ar-
562 beitsprozessen. Hier soll und kann KI unterstützen und
563 Arbeitsbedingungen verbessern. Die KI darf jedoch nicht
564 als reines Überwachungs- und Kontrollelement einge-
565 setzt werden und damit fundamentale Rechte von Be-
566 schäftigten beeinträchtigen.

567

568 Die Berliner Industrie inklusive der landeseigenen Un-
569 ternehmen bieten mit ihren Dekarbonisierungsfahrplä-
570 nen zahlreiche Potenziale und Anknüpfungspunkte für
571 Innovationen und einen erfolgreichen Wissens- und Tech-
572 nologietransfer. Aus der Nachfrage dieser Unternehmen
573 nach innovativen Lösungen im Bereich Energieeffizienz,
574 erneuerbare Energien, Digitalisierung usw. können in Ko-
575 operation mit den Hochschulen, Startups und etablierten
576 Unternehmen neue Produkte und Unternehmen hervor-
577 gehen.

578

579 Zugleich brauchen wir Absolvent:innen, die sich für ei-
580 ne Unternehmensgründung entscheiden, wenngleich die
581 guten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt angesichts des
582 Fachkräftemangels die Entscheidung für eine risikobe-
583 haftete Gründung schwieriger gemacht haben. Hier gilt
584 es mit geeigneten Maßnahmen der Information, Bera-
585 tung und praxisnahem Erfahrungsaustausch für potenzi-
586 elle Gründer:innen gegenzusteuern.

587

588 Die schnelle Umsetzung von Ideen und Erkenntnissen aus
589 Wissenschaft und Forschung in die Anwendung ist ei-
590 ne Gelingensbedingung für die Stärkung der Innovations-
591 kraft in unserer Region. Das Instrument der Reallabore soll
592 hierfür verstärkt Anwendung finden und die Nutzung von
593 Reallaboren der Energiewende deutlich ausgeweitet wer-
594 den.

595

596 Ebenso sollte der Ansatz von Advance Market Commit-
597 ments – wie sie das Bundeswirtschaftsministerium vor-
598 schlägt – in der Anwendung über landeseigene Unterneh-
599 men geprüft werden. Hierbei bekennt sich die öffentliche
600 Hand (z.B. über Ihre Betriebe) zu Innovationen und reizt
601 über Kauf- oder Subventionszusagen für ein erfolgreich
602 entwickeltes Produkt die Entwicklung privatwirtschaftli-
603 cher Lösungen von Herausforderungen an.

604

605 Die EU-Kommission hat mit ihrem Ende Februar 2025 vor-
606 gelegten “Clean Industrial Deal” lang überfällige Richtli-
607 nien und Maßnahmen für einen gemeinsamen europäi-
608 schen Weg hin zu einer zukunfts- und wettbewerbsfä-
609 higen klimaneutralen Industrie vorgelegt. Diese Chancen
610 müssen wir nutzen und umsetzen. Für die Dekarboni-
611 sierung der Industrie werden Fördermittel bereitgestellt,
612 durch die Einführung von Nachhaltigkeits- und Resilienz-
613 kriterien sowie des Kriteriums “Made in Europe” in das öf-
614 fentliche und private Beschaffungswesen zu einer Steige-
615 rung der Nachfrage nach sauberen Produkten aus der EU
616 führen und die EU-Beihilferegelungen werden angepasst,
617 sodass die Genehmigung von staatlichen Beihilfen für die
618 Einführung erneuerbarer Energien erleichtert wird.

619

620 Ergänzt wird dies durch Projekte der Forschungs- und In-
621 vestitionsförderung sowie einem erleichterten Fachkräf-
622 teaustausch und innereuropäischen Weiterbildungsange-
623 bot. Des Weiteren wird es europäischen Unternehmen er-
624 möglich, sich zusammenzuschließen und ihre Nachfra-
625 ge nach kritischen Rohstoffen zu bündeln. Die vielfälti-
626 ge Industrielandchaft Berlins kann umfassend von die-
627 sen Maßnahmen profitieren. Dafür müssen sie politisch
628 begleitet und ein intensiver europäischer Austausch ge-
629 pflegt werden. Um Abhängigkeiten von autokratischen
630 Staaten zu reduzieren, bedarf es eine nachhaltigere Zu-

631 zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern und
632 ein größeres Vertrauen in die EU.

633
634 Der Ansatz, mit Innovations-, Wissenschaftsorten bzw.
635 so genannten Transferlaboren (Hubs, Labs, außeruni-
636 versitäre Forschungseinrichtungen, usw.) an einem Ort
637 Unternehmen, Start-ups zusammenzubringen (z.B. an Zu-
638 kunftsortern) hat sich als sehr fruchtbar erwiesen und soll-
639 te ausgebaut und durch die Verstärkung von Beratungs-
640 formaten und -kapazitäten weiter vorangetrieben wer-
641 den. Dabei entscheidend ist, dass sich wissenschaftliche
642 Techniken und Methoden im Zusammentreffen mit den
643 Fragestellungen der externen Kooperationspartner ge-
644 genseitig befeuern, so dass wechselseitiges Lernen und
645 gemeinsame Entwicklung ermöglicht wird.

646

647 **Wir fordern daher:**

- 648 • Das bestehende Konzept der Zukunftsorte fortzu-
649 führen und weiter auszubauen.
- 650 • Hub- und Labstrukturen weiterzuentwickeln und
651 enger mit den Transferstrukturen der Hochschulen,
652 den Unternehmensnetzwerken und landeseigenen
653 Unternehmen zu verzähnen
- 654 • Den Ansatz der Reallabore auszubauen und mit
655 den Transferaktivitäten der Hochschulen enger ab-
656 zustimmen.
- 657 • Die bezirkliche Wirtschaftsförderung personell und
658 finanziell zu stärken
- 659 • Die Vernetzung von bezirklicher Wirtschaftsförde-
660 rung, der Wirtschaftsförderung des Landes und den
661 Unternehmensnetzwerken sowie den Hochschulen
662 zu unterstützen, auszubauen und zugleich Doppel-
663 strukturen abzubauen.
- 664 • Eine mit Brandenburg abgestimmte Transferstra-
665 tegie zu entwickeln, welche sich der Potenziale
666 der Berlin-Brandenburger Hochschullandschaft an-
667 nimmt und zu einem besseren Austausch etablier-
668 ter Unternehmen, Startups sowie Einrichtungen aus
669 Wissenschaft und Forschung führt.
- 670 • Die bestehenden Förder- und Unterstützungsinst-
671 rumente stärker auf die Wertschöpfung in der Re-
672 gion und deren Skalierung zu fokussieren.
- 673 • Die Chancen aus den geänderten beihilferechtli-
674 chen und vergaberechtlichen Regelungen des Clean
675 Industrial Deal zur Stärkung der Industrie in unserer
676 Region nutzen.

677

678 **4) Industrie braucht Fläche. Beschäftigte brauchen be-
679 zahlbares Wohnen**

680 **Industrieflächen sichern**

681 Industrielle Entwicklung hängt unmittelbar mit Flächen-
682 potenzialen zusammen. Das betrifft nicht nur die Ansied-
683 lung, sondern auch die Bestandsunternehmen. Wenn die-

684 se sich nicht räumlich in ihrem unmittelbaren Umfeld ent-
685 wickeln können, dann bevorzugen sie eine gänzliche Ver-
686 lagerung in Gebiete, die dies ermöglichen – im Falle von
687 Berlin am ehesten nach Brandenburg.

688

689 Gleichermassen wichtig ist gerade für Unternehmen in
690 Berlin die Nähe zu industriellen Dienstleistern, Startups
691 und Forschung und Entwicklung. Auch diese benötigen
692 bezahlbare Gewerbeflächen.

693

694 In Berlin sind Flächen ein knappes Gut, dass unter einem
695 hohen Konkurrenzdruck steht. Auch wenn sich viele In-
696 dustriebereiche gewandelt haben, sind die Bedarfe beim
697 produzierenden Gewerbe nach wie vor durch Sicherheits-
698 bedarfe, Emissionen sowie durch Individual- und Wirt-
699 schaftsverkehre (Ver- und Entsorgung, Lieferverkehre) be-
700 stimmt. Konflikte mit zum Beispiel heranrückendem Woh-
701 nungsbau sind dort vorprogrammiert, wo direkt an Ge-
702 werbegebieten gebaut wird oder gar Teile von Gewerbe-
703 gebieten umgenutzt werden sollen.

704

705 Industrie bleibt aber ein wesentlicher Wirtschaftszweig,
706 der nicht nur gute – also in der Regel tarifgebunde-
707 ne und mitbestimmte - Arbeit sichert, sondern in der
708 Wertschöpfungskette der Stadt eine wichtige Kompo-
709 nente bleibt (u.a. auch als Auftraggeber für die Dienst-
710 leistungsbranche). Nicht nur, aber auch, weil im indus-
711 triellen Bereich die „Karawane“ nicht aufgrund von „Mo-
712 deerscheinungen“ oder kurzfristigen Förderimpulsen ein-
713 fach weiterziehen kann.

714

715 Wer das industrielle Rückgrat unserer Wirtschaft sichern
716 will, der muss Gewerbeäume sichern und vor allem be-
717 zahlbaren Gewerberaum für kleines produzierendes Ge-
718 werbe, Startups, industrienaher Dienstleister und Logis-
719 tik anbieten. Deswegen ist es folgerichtig, dass auch der
720 neue Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2040 die bishe-
721 rigen Gewerbeäume weiter für gewerbliche Nutzungen
722 vorsieht. Durch die Abstimmung des StEP Wirtschaft mit
723 dem StEP Wohnen bezüglich nutzbarer Flächen sollen
724 zukünftige Flächenkonkurrenzen vermieden werden kön-
725 nen.

726

727 **Unsere Forderungen zur Sicherung und Entwicklung von** 728 **Flächen für die weitere Industrieentwicklung:**

- 729 • Gemäß dem StEP Wirtschaft 2040 werden die rei-
730 nen gewerblichen Flächen in der Regel im Umfang
731 voll erhalten. Es ist ein Gremium aus Senat, Bezirken,
732 Sozialpartnern und Wirtschaftsverbänden zu grün-
733 den, das bei drohenden Flächenkonkurrenzen über
734 gegebenenfalls notwendige Umwidmungen berät
735 und entscheidet (s.u. Werkswohnen). Grundsätzlich
736 kann aber ein solches Gremium auch den bisher

737 traditionell definierten Industriebegriff prüfen und
738 erweitern, um Nutzungsmöglichkeiten zu erweitern
739 und mehr Ansiedlung und Infrastruktur möglich zu
740 machen.

741 • Die im StEP Wirtschaft 2040 dargestellte Flächenku-
742 lissee ist nur zu geringen Anteilen kurzfristig aktivier-
743 bar. Wir fordern die Entwicklung eines schlüssigen
744 Konzeptes zur Aktivierung der Flächen.

745 • Der Verkauf der GSG Gewerbehöfe (2007) war ein
746 großer Fehler. Bezahlbare Gewerbeflächen sind ge-
747 rade für kleine produzierende Unternehmen und in-
748 dustriennahe Dienstleister entscheidend. Die Gewer-
749 behofinitiative des Senats ist unter Einbeziehung
750 der Sozialpartner auszubauen und abzugleichen
751 mit Möglichkeiten der Ansiedlung in räumlicher Nä-
752 he zu in der Stadt befindlichen Industriezentren. Das
753 unterstützt auch sinnvolle Verbünde zur industriel-
754 len Transformation.

755 • Gewerbemieten müssen der Eigentümerwillkür
756 entzogen werden. Es müssen auch im Gewer-
757 bemietenenbereich endlich wirksame Instrumente
758 entwickelt werden, die mindestens mittelfristige
759 Planungen für Gewerbemieteter ermöglichen. Wir
760 brauchen rechtssichere Instrumente zur Regulie-
761 rung im Bereich der Gewerbemieten. Die SPD ist
762 aufgefordert, hier auf Bundesebene auf nachhaltig
763 wirkende Regeln zu drängen und sie umzusetzen.
764 Bis dahin gilt es, durch Erwerb geeigneter Flächen
765 und Immobilien das landeseigene, bezahlbare
766 Angebot an Gewerbeflächen und Immobilien stetig
767 weiter auszubauen.

768

769 **Werkswohnen**

770 Schon jetzt zeigt sich, dass fehlender bezahlbarer Wohn-
771 raum die Wirtschaftsentwicklung gerade auch in den
772 produzierenden Bereichen und bei Zukunftstechnologien
773 hemmt. Berliner Unternehmen suchen händeringend
774 Fach- und Arbeitskräfte aus aller Welt und die erste Fra-
775 ge, die sich Menschen stellen, ist, ob sie für sich und ihre
776 Familien bezahlbaren Wohnraum finden. Aber auch jun-
777 ge Menschen, die nicht bei ihren Eltern leben können oder
778 wollen und eine Ausbildung anstreben, brauchen bezahl-
779 baren Wohnraum.

780

781 Das Land Berlin hat dies bereits für ihre unmittelbaren
782 Arbeitnehmenden erkannt und will gemeinsam mit lan-
783 deseigenen Wohnungsbaugesellschaften „Beschäftigten-
784 wohnungen“ bauen. Damit kommt es einer zentralen Ver-
785 antwortung als Arbeitgeber nach. Die Aktivitäten über
786 die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kann den
787 Bedarf allein aber nicht decken. Daher ist hier zwingend
788 auch der private Sektor gefordert und damit diejenigen,
789 die am Ende von guten Fach- und Arbeitskräften profitie-

790 ren. Da sich aber im Mietwohnungsbereich bewiesen hat,
791 dass der Markt es eben auch hier nicht sozial gerecht re-
792 gelt und das Land von einer prosperierenden und konkur-
793 renzfähigen Wirtschaft profitiert, muss Berlin eine Initia-
794 tive für „Werkswohnen“ starten.

795

796 Obwohl das Thema Werkswohnen und in jüngster Zeit
797 auch Azubiwohnen immer wieder in den vergangenen
798 Jahren auf Senatsebene oder beim Steuerungskreis Indus-
799 triepolitik zwischen den Verwaltungen und Sozialpart-
800 nern oftmals diskutiert wurde, blieb dies in den vergan-
801 genen zehn Jahren ohne belastbare Ergebnisse. Denn es
802 fehlt ein strukturierter Ansatz, um dieses auch in der Tat
803 umzusetzen.

804

805 **Unsere Forderungen für Werks- und Azubiwohnen:**

- 806 • Im Falle von bezahlbarem Werkswohnen oder sozia-
807 ler Infrastruktur wie Betriebs-Kitas können Umwid-
808 mungen von Gewerbegebäuden in die Entscheidungs-
809 findung darüber soll ein Gremium aus Senat, Bezir-
810 ken, Sozialpartnern und Wirtschaftsverbänden ein-
811 gebunden werden. Sofern landeseigene Flächen be-
812 troffen sind, wird ausschließlich im Erbbaurecht be-
813 baut.
- 814 • Der Senat muss die Koordinierung einer
815 Werkswohnen-Initiative übernehmen. Eine Arbeits-
816 gruppe wird hierzu unverzüglich eingerichtet, in der
817 Senat, Bezirke, Sozialpartner, Wirtschaftsverbände
818 und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften
819 gemeinsam eine „Werkswohnungscharta für Ber-
820 lin“ erarbeiten, die noch in dieser Legislaturperiode
821 vorgelegt wird.
- 822 • Klar ist: Nutznießer von einem verstärkten Werks-
823 wohnungsbau sind die betroffenen Unternehmen.
824 Deswegen sind sie auch zur Finanzierung heranzu-
825 ziehen und können dafür zum Beispiel auch Genos-
826 senschaften gründen oder Werkswohnungsbau bei
827 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften beauf-
828 tragen. Auch die Frage des seit langem diskutierten
829 gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus muss end-
830 lich politisch entscheiden werden.
- 831 • Es wird in Berlin noch in dieser Legislaturperiode ein
832 Azubiwerk gegründet und finanziell so ausgestat-
833 tet, dass es für Auszubildende ähnlich wie das Stu-
834 dentenwerk eine Basisversorgung mit bezahlbarem
835 Wohnraum anbieten kann.

836

837 **5) Industrie braucht Mitbestimmung**

838 Mit dem Masterplan Industriestadt (MPI) werden die drei
839 Transformationslinien identifiziert, entlang derer sich die
840 Transformation vollzieht: (1) digitale Transformation, (2)
841 ökologische Transformation und (3) Transformation der in-
842 dustriellen Arbeitswelt.

843

844 Alle drei Bereiche erfordern starke Anstrengungen und
845 sind mit erheblichen Disruptionen sowie einer hohen
846 Veränderungskompetenz verbunden. Das bedeutet auch,
847 dass die Beschäftigten die anstehenden Veränderun-
848 gen umsetzen müssen. Oftmals sind sie zudem näher
849 dran an Transformationsbedarfen, Verbesserungswürdi-
850 gen Produktionsprozessen und notwendigen Personalver-
851 änderungen und Wissenstransfer.

852

853 Es genügt nicht, Beschäftigte in der Veränderung mitzu-
854 nehmen, sie müssen von Beginn an eingebunden werden
855 – auch über normale mitbestimmungspflichtige Vorgän-
856 ge hinausgehend.

857

858 Gefestigte Mitbestimmungsprozesse und eine gute kor-
859 poratistisches Unternehmenskultur der beiden Betriebs-
860 parteien sind dabei wesentliche Erfolgsfaktoren für eine
861 gelingende Transformation.

862

863 Ein zentraler Fokus sozialdemokratischer Wirtschaftspoli-
864 tik – auch im Sinne der EU-Vorgaben – liegt daher auf dem
865 Ausbau von Tarifbindung und Mitbestimmung.

866

**867 Unsere Forderungen: Nur mitbestimmte und tarifgebun-
868 dene Arbeit ist gute Arbeit**

869 • Für Berlin ist die EU-Vorgabe einer 80 prozentigen
870 Tarifbindung und Mitbestimmung Verpflich-
871 tung seiner aktiven Wirtschaftspolitik. Ergänzend zu
872 einem bundesdeutschen Aktionsplan legt Berlin ei-
873 nen eigenen Umsetzungsplan auf, um dieses Ziel
874 mittelfristig zu erreichen.

875 • Für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und
876 -förderung sind Tarifbindung und betriebliche Mit-
877 bestimmung Bedingung. Sollten Unternehmen die-
878 se nicht erfüllen, können sie nur in begründeten
879 Einzelfällen gefördert werden, sofern sie einen
880 Umsetzungsplan für Tarifbindung und Mitbestim-
881 mung vorlegen. Hierfür ist die zuständige DGB-
882 Gewerkschaft einzubinden.

883 • Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist geleitet
884 vom Gedanken der Sozialpartnerschaft und Vertre-
885 tung der Beschäftigteninteressen. Deswegen wer-
886 den in alle staatlichen und parlamentarischen Pro-
887 zesse wie der Erarbeitung von Stadtentwicklungs-
888 plänen, Wirtschaftsstrategien, neuen Förderinstru-
889 menten, aber auch Beschäftigte betreffende Spar-
890 maßnahmen beide Sozialpartner eingebunden. Für
891 uns als Sozialdemokrat:innen sind der DGB und sei-
892 ne zuständigen Industriegewerkschaften wie die IG
893 Metall und IG BCE erste Ansprechpartner, wenn es
894 um die Belange der Beschäftigten geht.

895 • Wirtschaftspolitik lebt vom direkten Kontakt zu den

896 Betrieben und Entscheidungsträger:innen vor Ort.
897 Für die SPD und ihre Senatsmitglieder sind dies
898 beide Betriebspartner. Deswegen fordern wir diese
899 auf, bei Betriebsbesuchen stets auch den Kontakt
900 zu den Beschäftigtenvertretungen - im industriellen
901 Bereich Betriebsräten - und ihren Gewerkschaften
902 zu suchen.

903

904 **6) Finanzierung von Innovation und Transformation**

905 Für Investitionen durch Unternehmen jeder Größe ist
906 letztlich der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ent-
907 scheidend. Haus- und Förderbanken kommt hier eine
908 Schlüsselfunktion zu. Ohne Zugang zu günstigen Krediten
909 und Zuschussförderung werden Investitionen von klei-
910 nen und mittleren Unternehmen erst verzögert stattfin-
911 den, wenn diese aus Eigenfinanzierung überhaupt mög-
912 lich sind.

913

914 Banken sind naturgemäß risikoavers und zurückhaltend
915 bei der Vergabe bei Krediten, insbesondere bei neuarti-
916 gen (innovativen) Technologien und „Klimainvestitionen“.
917 Die Risikoaversität verschärft sich häufig gerade in wirt-
918 schaftlich schwierigen Zeiten und Zeiten hoher Insolvenz-
919 zahlen. Das trifft insbesondere auf private Hausbanken
920 zu, welche mitunter nicht einmal bei risikoreduzierten
921 Darlehensprogrammen der Förderbanken (IBB) zur Aus-
922 reichung von Förderdarlehen bereit sind. Das sind zum
923 Teil systemische Probleme (Banken verdienen in anderen
924 Bereichen bei niedrigerem Risiko besser), die sich mit-
925 telfristig nicht auflösen lassen. Positiver hervorzuheben
926 sind hier die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir
927 fordern daher, dass sich Wirtschaftspolitik, Förderbanken
928 sowie Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu einem
929 runden Tisch treffen, um Ideen und Maßnahmen zur Ver-
930 besserung der Finanzierungsmöglichkeiten der in der Re-
931 gion ansässigen Unternehmen zu entwickeln, insbeson-
932 dere mit Blick auf die Unterstützung der Finanzierung
933 von Investitionen. Für Ideen und Probleme, die am runden
934 Tisch diskutiert aber auf Landesebene nicht lösbar sind,
935 soll eine Bundesratsinitiative geprüft werden.

936

937 Ziel einer umfassenden Industriestrategie des Landes
938 muss zugleich auch die Fortsetzung der Unterstützung
939 beim Ausbau eines Venture Capital-Ökosystems sowie die
940 zusätzliche Mobilisierung privaten Kapitals für Investitio-
941 nen in Startups und Innovationen sein. Venture Capital
942 stellt hierbei nach wie vor die wichtigste Finanzierungs-
943 säule im Startup-Ökosystem dar.

944

945 Ziel muss es sein, dass aus Privatwirtschaft stammendes
946 Kapital wieder in Unternehmen in der Region reinvestiert
947 wird und sich somit die hiesige Wirtschaft aus sich selbst
948 herausstärkt, ohne dass es steigender öffentlicher Förder-

949 mittel bedarf.

950

951 Da Berlins Wirtschaft wie dargestellt vorwiegend durch
952 kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) geprägt
953 ist, gestaltet sich der Aufbau eines sich selbsttragenden
954 Finanzierungs-Ökosystems engagierter Unternehmerin-
955 nen und Unternehmer als besonders herausfordernd. Vie-
956 len Kleinstunternehmen fehlen zugleich die personellen
957 und finanziellen Ressourcen sich in Förderstrukturen ein-
958 zu bringen und selbst Teil des aktivierenden, investieren-
959 den Ökosystems zu werden. Unser Ansatz ist es, beim Auf-
960 bau solcher Strukturen zu unterstützen und bis zur Eta-
961 blierung aktiv mitzuwirken (z.B. über Beteiligungsstruk-
962 turen der IBB und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft
963 Berlin Partner). Den Ansatz anderer Metropolregionen
964 (wie bspw. TUM in München) zu kopieren, ist dabei nicht
965 zielführend. Berlin-Brandenburg braucht einen eigenen,
966 auf die Bedürfnisse der Menschen und die wirtschaftliche
967 Struktur der Region zugeschnittenen Ansatz.

968

969 **Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder
970 des Senats auf:**

- 971 • Sich auf Bundes- wie Länderebene dafür einzuset-
972 zen, die Finanzierungsbedingungen für kleine und
973 mittelständische Unternehmen zu verbessern. Auf
974 Landesebene sind hierzu die Darlehens- und Betei-
975 ligungsprogramme der IBB zu prüfen und ggfs. zu
976 verbessern.
- 977 • Sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die rechtli-
978 chen Voraussetzungen für Fondsmodelle zur Unter-
979 nehmensfinanzierung (insbesondere im Bereich der
980 Wachstumsfinanzierung) zu schaffen bzw. zu ver-
981 bessern.
- 982 • Die auf europäischer Ebene geschaffenen Möglich-
983 keiten zur Förderung im Rahmen der Transfor-
984 mation der Industrie besser bekannt und leichter zu-
985 gänglich zu machen.
- 986 • Sich auf Bundes- und Landesebene für die Ent-
987 bürokratisierung des Gesellschaftsrechts und Digi-
988 talisierung bei Gründungsprozessen und Startup-
989 Finanzierungen ein wie es zum Beispiel in Estland
990 längst der Fall ist

991

992 **Investitionsklima**

993 Die mit dem Wachstumschancengesetz und der jüngsten
994 Wachstumsinitiative der letzten Bundesregierung entwi-
995 ckelten Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachs-
996 tums und Investitionsklimas in Deutschland greifen lei-
997 der an vielen Stellen zu kurz. An die neue Bundesregie-
998 rung richtet sich daher die Aufforderung, mutiger und ent-
999 schlossener zu Maßnahmen zu gelangen, welche das In-
1000 vestitionsklima in Deutschland verbessern. Dabei spielen
1001 sowohl staatliche Infrastrukturinvestitionen als auch In-

1002 vestitionen der Privatwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

1003

1004 Mit Blick auf die Privatwirtschaft können Investitions-
1005 entscheidungen durch Anreize unterstützt werden, in-
1006 dem verbesserte Regeln zur Abschreibung geschaffen
1007 und langfristig ausgestaltet werden. „Superabschreibun-
1008 gen“, die zu kurz angelegt sind, verfehlen allerdings ih-
1009 re Wirkung. Vielmehr muss es darum gehen über ei-
1010 nen langen, idealerweise 10-jährigen Zeitraum einen Rah-
1011 men zu schaffen, welcher den Unternehmen bei Ab-
1012 schreibungsmöglichkeiten von Klimainvestitionen Pla-
1013 nungssicherheit verschafft. Nur wenn Regeln für Ab-
1014 schreibungen über mehrere Wirtschaftsjahre Bestand ha-
1015 ben, werden sie sich in der Investitionsplanung der Un-
1016 ternehmen niederschlagen und die gewünschten Effekte
1017 zeigen. Kurze Perioden mit Sonderabschreibungen verbes-
1018 sern das Investitionsklima dagegen nicht, sondern führen
1019 allenfalls zu Mitnahmeeffekten bei ohnehin geplanten In-
1020 vestitionen.

1021

1022 Bei privaten wie öffentlichen Infrastrukturinvestitionen
1023 spielt die GRW-Förderung eine maßgebliche Rolle. Die Re-
1024 duzierung der Bundesmittel ist angesichts sich abzeich-
1025 nender Überzeichnungen der Programme in den Ländern
1026 ein Fehler.

1027

1028 Wir fordern die massive Ausweitung der GRW-Förderung
1029 zur Stärkung von Infrastrukturinvestitionen in den Regio-
1030 nen sowie eine verlässliche Zusage zur Kontinuität für die
1031 kommenden Jahre.

1032

1033 Für den Anreiz von Investitionen fordern wir kreative An-
1034 sätze bspw. durch „doppelt-degressive“ Abschreibungen.
1035 Danach könnten über die nächsten 10 Jahre „Klimainvesti-
1036 tionen“ in Deutschland degressiv abgeschrieben werden,
1037 während zugleich der Anfangssatz der Abschreibung da-
1038 bei ebenfalls degressiv über die kommenden 10 Jahre ab-
1039 schmilzt. Auf diese Weise würden frühe Investitionen zu
1040 Beginn der Dekade stärker incentiviert als späte zum En-
1041 de der Dekade.

1042

1043 Wir fordern die Anpassung der AfA-Tabellen um Güter der
1044 „Klimainvestitionen“. Noch mutiger und zugleich trans-
1045 parenter wäre aber ein offener, adaptiver Definitionsan-
1046 satz, um Innovationen und technische Disruptionen in
1047 diesem Bereich sofort ohne jährliche Anpassungen der
1048 AfA-Tabellen zu unterstützen. Dabei ist im Sinne Büro-
1049 krateientlastung auf den Gleichlauf der steuerlichen wie
1050 handelsbilanztechnischen Abschreibung zu achten.

1051

1052 Unser Ziel muss es sein, Investitionen in die Infrastruktur
1053 der Region zu forcieren. Denn wer hier in Substanz (ener-
1054 getische Gebäudesanierung, energieeffiziente Produktion

1055 und gute Arbeit) investiert, geht eine langfristige Bindung
1056 mit unserer Region ein. Derartige Investitionen sollen be-
1057 lohnt werden.

1058

1059 Steuerliche Regelungen, welche dagegen den Abfluss von
1060 Kapital ins Privatvermögen der Eigentümer:innen oder
1061 die Ausschüttung an Anteilseigner:innen in Form von Di-
1062 videnden usw. begünstigen, lehnen wir daher ab. Eine
1063 weitere Absenkung der Körperschaftsteuer halten wir für
1064 nicht sinnvoll, ebenso streben wir eine Anhebung der
1065 Kapitalertragssteuer an.

1066

1067 Gewinne privater wie öffentlicher Unternehmen sollten
1068 in die Substanz, Innovationen sowie in die Qualifizierung
1069 der Beschäftigten und damit in die Zukunftsfähigkeit der
1070 Unternehmen investiert werden. Derartige Investitionen
1071 wollen wir daher mit starken Anreizen bspw. durch Erwei-
1072 terung der Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.

1073

1074 Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem Mittelstand,
1075 der fest in unserer Region verwurzelt ist und nicht wei-
1076 terzieht, wenn der Wind rauer weht, sondern langfristig
1077 (über Generationen) hier verankert ist. Für diese Unter-
1078 nehmen sind Planungssicherheit, eine klare Rahmenset-
1079 zung (Regulatorik und Politik) sowie der Zugang zu Fach-
1080 kräften, Finanzierungsmöglichkeiten, ein faires Wettbe-
1081 werbsumfeld sowie eine verlässliche Infrastruktur ent-
1082 scheidend. Das Energiesystem ist für die meisten die-
1083 ser Unternehmen ebenfalls von großer Bedeutung, sofern
1084 sie sich nicht autark mit Energie versorgen können. Sie
1085 sind daher auf den Ausbau der Netze und wettbewerbs-
1086 fähige Energiepreise angewiesen. Der Stromnetz Berlin
1087 kommt daher eine bedeutende Rolle beim Aufbau der
1088 Energieinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Ausbau
1089 erneuerbarer Energien zu. Der Ausbau der Verteilnetze
1090 sowie Übertragungsnetze zwischen Berlin und Branden-
1091 burg muss in den kommenden Jahren massiv beschleu-
1092 nigt, die hierfür notwendigen Investitionen durch Senat
1093 und Parlament sichergestellt werden. Die Rückweisung
1094 von Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinves-
1095 titionen aufgrund mangelnder Kapazitäten im Stromnetz
1096 (z.B. bei Rechenzentren) darf nur die Ausnahme bleiben
1097 und nicht zur Regel werden.

1098

1099 **Wir fordern daher:**

- 1100 • Mit langem Planungshorizont (10 Jahre) angelegte
1101 Regelungen zur verbesserten Abschreibung von In-
1102 vestitionen, insbesondere von „Klimainvestitionen“
- 1103 • Kurzfristig vorgenommene Investitionen sollen
1104 stärker incentiviert werden als aufgeschobene
1105 Investitionen.
- 1106 • Die Ausweitung der GRW-Förderung zur Stärkung
1107 von Infrastrukturinvestitionen in den Regionen so-

1108 wie eine verlässliche Zusage zur Kontinuität für die
1109 kommenden Jahre.
1110 • Wir fordern den Senat auf, eine Bundesratsinitiative einzuleiten mit dem Ziel die GRW-Förderung auf den Bereich Softwareentwicklung zu erweitern.
1111 • Klarheit herzustellen über von der öffentlichen Hand geplante Infrastrukturinvestitionen in den kommenden Jahren und Verlässlichkeit der Umsetzung sicherstellen. Dies insbesondere im Energie sektor (Strom).
1112 • Einen Innovationsbonus für Unternehmen, die in die Zukunftsfähigkeit ihrer Wertschöpfung und des Standortes investieren und tarifgebundene und mitbestimmte Arbeit sichern.

1122

1123 **Energiepreise**

1124 Die gestiegenen nach wie vor hohen Energiepreise sind
1125 für Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen eine große
1126 Belastung. Während einkommensschwache Haushalte in
1127 zwischen einen deutlich höheren Anteil ihrer Einkommen
1128 für Energie aufwenden müssen, gilt dies auch für die Un
1129 ternehmen des verarbeitenden Gewerbes und energiein
1130 tensive Industrien, wo sich der Energiekostenanteil eben
1131 falls massiv erhöht hat. Dadurch wird die Wirtschaftlich
1132 keit einiger Branchen zunehmend in Frage gestellt.

1133

1134 Wir brauchen ein neues Strommarktdesign, welches aus
1135 gehend von den Bedürfnissen der Verbraucher:innen zu
1136 dauerhaft stabilen Strompreisen führt und die Bezahlbar
1137 keit von Strom für alle Einkommensschichten sicherstellt.
1138 Für die Unternehmen sind Planbarkeit, Transparenz und
1139 Kostensicherheit beim Strompreis ebenfalls von grund
1140 legender Bedeutung bei Investitionsentscheidungen. Die
1141 Prämisse der ökologischen Lenkungswirkung und Inves
1142 titionsförderung über den Strompreis muss deshalb dort
1143 überprüft werden, wo starke Volatilitäten am Strommarkt
1144 den Unternehmen die Planungssicherheit nehmen und
1145 sie gegenüber fossilen Energielieferanten benachteiligen
1146 oder gar ihren Bestand gefährden.

1147

1148 Hierbei gilt es, die Strompreise zuerst von Steuern und
1149 Abgaben zu entlasten. Die Reduzierung der Netzentgel
1150 te ist hierzu ein richtiger Schritt, dem die Reduzierung der
1151 Stromsteuer folgen muss. Darüber hinaus sollte die Sen
1152 kung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Strom ge
1153 prüft werden, insbesondere deshalb, weil die Mehrwert
1154 steuer lediglich die Verbraucher:innen belastet.

1155

1156 Auf europäischer Ebene müssen Maßnahmen getroffen
1157 und verstärkt werden, welche die internationale Wettbe
1158 werbsfähigkeit einer zunehmend dekarbonisierten, euro
1159 päischen Wirtschaft und deren erneuerbarer Energiesys
1160 temen gegenüber internationalen Wettbewerbern, die

1161 nach wie vor auf fossile Energieträger setzen, herstellt.
1162 Das CBAM ist ein wirkmächtiger Mechanismus, um Car-
1163 bon Leakage verhindern. Wir fordern dazu auch die Strom-
1164 preiskompensation der EU zu evaluieren und ggfs. zu ver-
1165 bessern.

1166 Durch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit
1167 unserer Industrie hat diese sich im internationalen Wett-
1168 bewerb auch trotz höherer Energiepreise bereits vor der
1169 Energiekrise gut behaupten können und wird dies auch
1170 künftig tun können, wenn der Unterschied bei den Ener-
1171 giepreise reduziert werden kann – Deutschland wird da-
1172 bei auch künftig ein höherpreisiges Energieland bleiben.
1173 Wir fordern daher den Bund auf, Maßnahmen zur Redu-
1174 zierung der Energiepreise unter Beibehaltung eines Trans-
1175 formationsdrucks auf energieintensive Industrien zu ent-
1176 wickeln und kurzfristig einzuführen. Dies kann ein Brü-
1177 ckenstrompreis für die Industrie oder marktgestütztes
1178 Design für einen Industriestrompreis sein. Ein Industrie-
1179 strompreis sollte jedoch so angelegt sein, dass sich dieser
1180 nicht dauerhaft von realen Strompreisen entkoppelt, son-
1181 dern mit absehbarem und damit für die Unternehmen er-
1182 wartbarem/planbarem Ende auf einen weitgehend unre-
1183 gulierten, marktbestimmten Strompreis hinführt und so-
1184 mit überhaupt erst die Wettbewerbsfähigkeit der deut-
1185 schen Industrie auch in Zukunft sicherstellt. Eine dauer-
1186 hafte Subvention von Industriestrompreisen aus öffentli-
1187 chen Mitteln lehnen wir daher ab.

1188

1189 Wir fordern die konsequente Ausgestaltung des CO2-
1190 Preisregimes in der EU, um fossile Energieträger sowie auf
1191 fossilen Energieträgern basierende Dienstleistungen und
1192 Produkte gegenüber auf erneuerbaren Energien basieren-
1193 de Dienstleistungen und Produkten zu diskriminieren. Es
1194 darf sich für Unternehmen schlicht nicht mehr rechnen,
1195 weiterhin auf fossile Energieträger zu setzen.

1196

1197 **Wir fordern daher:**

- 1198 • Entlastung des Strompreises von Abgaben und
1199 Steuern
- 1200 • Neuentwicklung des Strommarktdesigns
- 1201 • Ausbau und Verbesserung des CO2-Regimes für den
1202 Europäischen Wirtschaftsraum
- 1203 • Prüfung eines Brückenstrompreises bzw. eines tem-
1204 porären Industriestrompreises
- 1205 • Verbesserung und Weiterentwicklung von CBAM so-
1206 wie Strompreiskompensation der EU

1207

1208 **Gute Arbeit durch starke Wirtschaft:**

1209 **Eine umfassende, sozialdemokratisch geprägte Industrie-**
1210 **politik ist der Garant für zukünftigen Wohlstand in unse-**
1211 **rer Region!**

1212 Mit diesem Beschluss legt die SPD Berlin für die kom-
1213 menden Jahre ein stringentes und geschlossenes Konzept

1214 für die Sicherung und den Ausbau für einen innovativen,
1215 nachhaltigen und zukunftsfähigen Industriestandort in
1216 Berlin und der Hauptstadtregion vor. Berlin-Brandenburg
1217 kann so auch Motor einer Sicherung des Industriestand-
1218 ortes Ostdeutschland werden.

1219

1220 Die Berliner Sozialdemokratie lässt sich damit an ihrem
1221 Anspruch messen, auch mit ihrer Industriepolitik eine
1222 fortschrittliche Partei der guten Arbeit zu sein und damit
1223 wichtige Grundlagen für Wohlstand und Wachstum zu le-
1224 gen.

1225

1226 **Begründung**

1227 Mit diesem industriepolitischen Antrag legen wir einen
1228 umfassenden Vorschlag vor, wie die Industriepolitik der
1229 Berliner SPD in den kommenden Jahren gemeinsam mit
1230 Brandenburg weiterentwickelt werden soll und welche
1231 Initiativen auf Bundesebene angestrebt werden sollen.
1232 Der Umfang dieses Antrags rechtfertigt sich nicht nur aus
1233 der Notwendigkeit dringend notwendiger industrie politi-
1234 scher Entscheidungen und wichtiger Signale an die Wirt-
1235 schaft, sondern auch vor dem Hintergrund schwieriger,
1236 teils von Missverständnissen geprägter Debatten im Lan-
1237 desverband in der Vergangenheit. Um es vorwegzuneh-
1238 men: Industrie ist nicht in Konkurrenz zum starken Dienst-
1239 leistungssektor Berlins und erst recht nicht in Konkur-
1240 renz zum starken Kultur- und Kreativwirtschaftssektor der
1241 Stadt zu sehen, Industriepolitik ist eine elementare, tra-
1242 gende Säule unserer Wirtschaftskraft in der Region.

1243

1244 Die Industrie ist ein wichtiger Arbeitgeber mit rund 8
1245 Mio. Beschäftigten in Deutschland. Hinzu kommen Millio-
1246 nen von Arbeitsplätzen in Unternehmen in den vor- und
1247 nachgelagerten Dienstleistungsbranchen, die von Aufträ-
1248 gen der Industrie profitieren und der Industrie zugleich
1249 wichtige Anwendungen liefern.

1250

1251 Die Beschäftigten in der Industrie weisen dazu einen über-
1252 durchschnittlichen Organisationsgrad in Gewerkschaf-
1253 ten auf. 64 Prozent der Beschäftigten in Industriebetrie-
1254 trieben ab fünf Beschäftigten arbeiten in Betrieben
1255 mit einem Betriebsrat, in der Gesamtwirtschaft sind
1256 es nur 38 Prozent (Angaben des Bundeswirtschaftsminis-
1257 teriums: Industriepolitik in der Zeitenwende. Indus-
1258 triestandort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschafts-
1259 sicherheit stärken. Bundesministerium für Wirtschaft
1260 und Klimaschutz (BMWK), Oktober 2023, online abrufbar
1261 unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf>, S.
1262 10ff.).

1263

1264 Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie sind damit
1265 weitestgehend Arbeitsplätze mit guter Arbeit und sta-

1267 tistisch betrachtet meist deutlich besser bezahlt (ca.
1268 +10% gegenüber dem Dienstleistungsbereich – einzel-
1269 ne Ausnahmen gibt es im IKT-Bereich). Eine Debatte
1270 des Entweder-oder wollen wir nicht führen, sondern ei-
1271 nes Sowohl-als-auch. Arbeitsplätze in der Industrie indu-
1272 zieren häufig Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleis-
1273 tungssektor. Die Industrie ist daher nicht nur eine attrakti-
1274 ve Arbeitgeberin, sondern häufig auch Auftraggeberin für
1275 die Dienstleistungsbranche, v.a. in allen Bereichen der Di-
1276 gitalisierung. Beide Sektoren sind zudem in vielen Berei-
1277 chen ihrer Wertschöpfung untrennbar miteinander ver-
1278 zahnt.

1279

1280 Die Stärke unserer Region liegt gerade im Mix der Bran-
1281 chen und der Vielfältigkeit der Unternehmenslandschaft
1282 und ihrer stetig wachsenden Internationalität. Dieser
1283 Branchenmix hat uns widerstandsfähiger – resilenter –
1284 gegenüber den Krisen der letzten Jahre gemacht. Dabei
1285 überlagerten sich krisenhafte Zustände der Wirtschaft in
1286 den vergangenen Jahren und es ist zu befürchten, dass
1287 dieser Zustand noch anhalten wird. Der Ökonom Adam
1288 Tooze hat die Situation in einer Rede 2022 sehr gut zu-
1289 sammengefasst, in der er vortrug, dass wir „in einer um-
1290 fassenden Krise der Globalisierung“ stehen, „die schon
1291 vor einiger Zeit begann, nicht erst mit dem 24. Febru-
1292 ar [2022], und die sich auf verschiedenen Ebenen entfal-
1293 tet: global, national und regional. Diese Krise der Globa-
1294 lisierung gestaltet sich heterogen. In ihr überschneiden
1295 sich Kriege, geopolitische Spannungen, die Klimakrise, ei-
1296 ne Pandemie wie auch massive Spannungen im Weltwirt-
1297 schaftssystem. Und alle diese Herausforderungen poten-
1298 zieren sich gegenseitig, sodass tatsächlich der Effekt ent-
1299 steht, dass das Ganze noch schlimmer ist als die Folgen
1300 der Einzelkrisen für sich alleine betrachtet (Adam Tooze,
1301 in: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland
1302 auf dem Prüfstand. Willy Brandt Lecture 2022; Schriften-
1303 reihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 36.
1304 Berlin, 2022. S. 23). Tooze konnte damals noch nicht erah-
1305 nen, dass es nun mit einer zweiten Trump-Administration
1306 vermutlich zu einer weiteren Verschärfung globaler Kri-
1307 sen kommt (u.a. durch sogenannte Handelskriege).

1308

1309 Vor diesem Hintergrund müssen wir feststellen, dass die
1310 Wachstumsdynamik besonders der deutschen Industrie
1311 in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat. Dies wird
1312 vor allem mit Blick auf die Investitionen deutlich, wonach
1313 weniger als 12 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in pri-
1314 vate Investitionen flossen. Damit fällt Deutschland weit
1315 hinter seine Wettbewerber (z. B. USA mit 13 %, Frankreich
1316 mit 14 % und Schweden mit 16 % des BIP) zurück (Zahlen
1317 aus: Transformationspfade für das Industrieland Deutsch-
1318 land Eckpunkte für eine neue industriepolitische Agenda.
1319 Boston Consulting Group, September 2024, online unter:

1320 <https://bdi.eu/artikel/news/transformationspfade-fuer->
1321 das-industrieland-deutschland-studie-kurzfassung, S.
1322 2ff.).

1323

1324 Angesichts anstehender, dringend notwendiger Klima-
1325 und Transformationsinvestitionen müsste das BIP deut-
1326 lich steigen. Stattdessen verliert die einstige Stärke der
1327 deutschen Industrie und ihr technologischer Vorsprung
1328 bspw. in Bereichen der Verbrennertechnologie zuneh-
1329 mend an Bedeutung während sie zugleich droht, bei Zu-
1330 kunftstechnologien wie Software, Elektromobilität, Spei-
1331 chertechnologien, usw. den Anschluss zu verlieren.

1332

1333 Hinzu kommen die Herausforderungen aus dem demo-
1334 grafischen Wandel, welcher das über Jahrzehnte starke
1335 Arbeits- und Fachkräfteangebot Deutschlands schwächt.
1336 Darüber hinaus drohen migrationskritische und nationa-
1337 listische Debatten die zur Kompensation der Demografie
1338 dringend notwendige Fachkräftezuwanderung weiter zu
1339 dämpfen.

1340

1341 Dabei stehen die Chancen für die deutsche und die euro-
1342 päische Industrie insgesamt nicht schlecht, wenn jetzt die
1343 richtigen wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen erfol-
1344 gen. Die Klimatransformation, Digitalisierung und der Ge-
1345 sundheitssektor lassen derzeit Milliardenmärkte entstehen,
1346 allein in diesen Bereichen werden bis 2030 globale
1347 Umsätze von mehr als 15 Billionen Euro pro Jahr erwartet
1348 (Boston Consulting Group). Daraus erwachsen für den
1349 in Deutschland traditionell starken Anlagen- und Maschi-
1350 nenbau sowie die Elektroindustrie enorme Wachstums-
1351 chancen.

1352

1353 Wir unterstützen das mit dem in der Industriestrategie
1354 des Bundes 2023 formulierten Leitbild, dass wir Deutschland
1355 als starken Industriestandort in seiner ganzen Viel-
1356 falt erhalten wollen. Ebenso richtig ist, dass diese Strategie
1357 alle Unternehmensgrößen vom Weltkonzern über die
1358 mittelständischen Hidden Champions bis zum Kleinbe-
1359 trieb in den Blick nimmt. Für unsere Region leitet sich da-
1360 mit ab, dass die vorwiegend von kleinen und mittelstän-
1361 disch geprägte Unternehmenslandschaft gestärkt und zu
1362 weiterem Wachstum in unserer Region befähigt werden
1363 soll.

1364 Grundlage für die Sicherung künftigen Wachstums wird
1365 die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft als Ganzes
1366 und der Industrie im Speziellen sein. Die Industriestrategie
1367 der Bundesregierung zeigt dabei auf, dass die Patent-
1368 anmeldungen aus der Industrie nach wie vor sehr stark
1369 sind und die Innovationstätigkeit und -fähigkeit der deut-
1370 schen Industrie unterstreichen. Im internationalen Ver-
1371 gleich ist hier jedoch noch reichlich Luft nach oben.

1372 Gemeinsam mit den Sozialpartner:innen ist die Berliner

1373 SPD die einzige Partei, die einen ganzheitlichen Politikan-
1374 satz für diese Branchen verfolgt und Lösungen anbieten
1375 kann.

1376 Wir wollen die Stärken unserer Region ausspielen, aus-
1377 bauen und dabei stets europäisch denken. Keine Unter-
1378 nehmensführung denkt und plant heute noch in Gren-
1379 zen von Bundesländern. Der Blick fällt stets auf Regionen,
1380 deren Menschen und die dort vorhandenen Potenziale.
1381 Für Berlin und Brandenburg bedeutet dies, sich auf ge-
1382 meinsame Potenziale und Chancen zu fokussieren und die
1383 Zusammenarbeit und Austausch auf allen Ebenen weiter
1384 auszubauen.